

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Was ist Wirtschaftspolitik?

- unter Wirtschaftspolitik versteht man die Gesamtheit der Maßnahmen, mit denen der Staat regelnd und gestaltend in die Wirtschaft eingreift
- Grundfrage: wie weit soll der Staat in die Marktwirtschaft eingreifen?

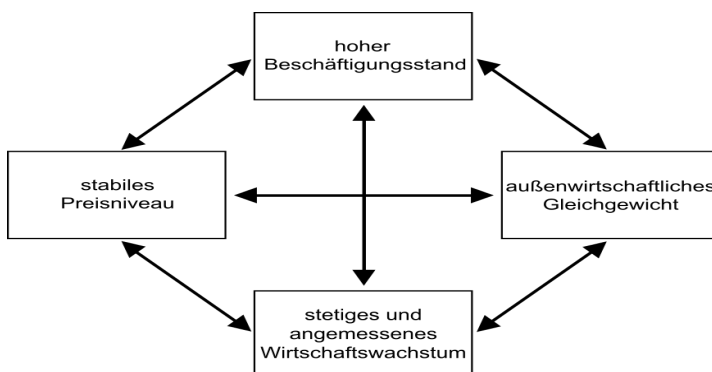
Was ist das Ziel der Wirtschaftspolitik?

-**Oberziel:** Maximierung des Wohlstands in der Gesellschaft.

-weitere **Unterziele** die zur Wohlstandsmaximierung beitragen sind:

- ➔ **Allokationsziele:**
 - Wettbewerbsschutz und -förderung
 - staatliche Versorgung mit „Öffentlichen Gütern“
 - Umweltschutz
- ➔ **Distributionsziele:**
 - (Leistungs) gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
 - Soziale Gerechtigkeit der Verteilung von Einkommen und Vermögen
- ➔ **Stabilitätsziele:**
 - Vollbeschäftigung
 - Preisniveaustabilität
- ➔ **Wachstumsziele:**
 - Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - Steigerung des realen „Pro-Kopf-Einkommens“
 - Qualitativ verbesserte Produkte und Dienstleistungen

-In Deutschland sind die Ziele vor allem durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 (**Magische Viereck**) festgelegt.



- Inflationsrate < 3%
- Arbeitslosenquote < 3%
- Importe = Exporte
- Zuwachs des realen BIP: 3-4%

Was ist Angebotspolitik?

-Ist mit der konträren nachfrageorientierten die wichtigste Wirtschaftstheorie

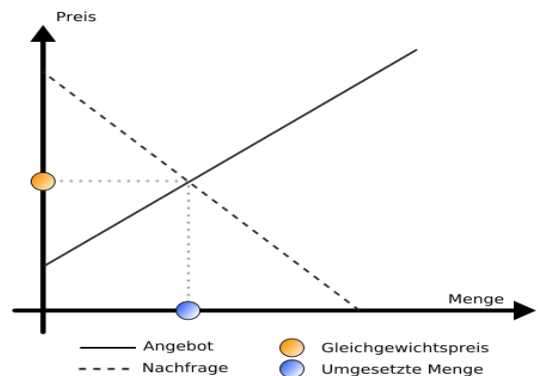
-Definition:Angebotspolitik (auch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik) ist eine konjunktur- und wachstumspolitische Konzeption. Sie basiert auf der Annahme, dass Beschäftigung und Wachstum einer Marktwirtschaft in erster Linie von der Angebotsseite der Märkte abhängt.

-Grundidee:Durch das Schaffen von Bedingungen in der Marktwirtschaft, welche die Angebotsseite(Unternehmen) unterstützen, wird die Investitions-Aktivität der Unternehmen gefördert. Dies wiederum schafft neue Arbeitsplätze. Die Arbeitnehmer investieren ihr durch den neuen Arbeitsplatz erworbenes Kapital in die Wirtschaft und sorgen somit für einen Anstieg der Nachfrage. Der Nachfrage-Anstieg bietet den Arbeitgebern die nötige finanzielle Grundlage um weiter Investitionen zu tätigen welche folglich wieder neue Arbeitsplätze schaffen.

- „So viel Markt wie möglich“-Liberalistische Grundeinstellung. Der Staat soll nur die Rahmenbedingungen setzen und Investitions-begünstigende Voraussetzungen schaffen.

Theoretische Grundlagen

-Adam Smith: die „Unsichtbare Hand“:Adam Smith geht davon aus, dass das egoistische Bestreben des Einzelnen, seine Bedürfnisse zu befriedigen, innerhalb einer freien Marktwirtschaft zum Wohl aller führt. Er begründet damit das Fundament der in der Angebotspolitik vertretene Meinung, dass der freie Markt sich selbst reguliert und weitestgehend vollkommen ist.



-Say'sche Theorem: „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage.“ Das durch Produktion und Verkauf verdiente Geld(Angebot) wird vom Arbeitnehmer zum Kauf anderer Güter(Nachfrage) eingesetzt oder gespart. Das bei den Banken angelegte gesparte Geld führt dazu, dass der Zins für Kredite sinken muss. Dadurch wird den Unternehmen eine kostengünstige Investitionsquelle eröffnet.

-Schumpeter: „Zerstörerische Schöpfung“:Durch Investitionen und Innovationen entwickeln sich ständige neue Märkte oder führen zur Weiterentwicklung bestehender. Durch die Kreativität der Wirtschaft werden also alte bestehende Produkte abgelöst und sozusagen „verstört“. Durch diesen Prozess wird eine langfristige Übersättigung der Märkte, selbst bei dauerhafter Maximalauslastung der Produktionskapazitäten, verhindert.

-Milton Friedman: Der Staat kann nicht den Konjunktur-Schwankungen nicht konstruktiv entgegen wirken u.a. da diese Maßnahmen zeitverzögert wirken. Im schlimmsten Falle können durch staatliche Eingriffe sogar Störungen, und daraus resultierende Rezessionen, ausgelöst werden. Friedman sieht also nicht den privaten Sektor sondern die staatlichen Eingriffe verantwortlich für die Instabilitäten in der Marktwirtschaft.

Die Rolle der Zentralbanken

-Spielen eine wesentliche Rolle in der angebotsorientierten Marktwirtschaft

-Auf ein stabiles Preisniveau ausgerichtete Geldpolitik

-Für die Angebotstheoretiker ist die Geldpolitik und nicht die Fiskalpolitik das wirksamste Mittel zur Bekämpfung einer Rezession. Denn laut Friedman lasse sich die Geldmenge sehr viel präziser durch diese steuern. Außerdem wird so ein staatlicher Eingriff verhindert.

-Um eine Inflation, welche aus Friedmans Sicht besonders verwerrend ist, da sie das natürliche Gleichgewicht der Marktwirtschaft außer Kraft setzt und die Konsumenten verunsichert wodurch sich ihr Kaufverhalten verändert, zu verhindern soll der Geldmenge auf dem Markt ein realer Gegenwert in Form von Gütern entgegen stehen.

Folglich soll sich das Wachstum der Geldmengen, welches durch die Geldpolitik bestimmt wird, nach dem zu erwartenden wirtschaftlichen Produktionspotenzial richten .

Angebotspolitische Forderungen

-Generell werden vorallem Deregulierungen und die Abschaffung von Maßnahmen welche die Freiheit der Marktwirtschaft einschränken gefordert.

ANGEBOTSPOLITIK			
traditionelle Elemente			
Wettbewerbspolitik	Geldpolitik	Fiskalpolitik	Lohnpolitik
Verbot von Kartellen	regelgebundene statt diskretionäre Maßnahmen	geringerer Staatsverbrauch	am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnsteigerungen
Verhinderung von Marktmacht	Unabhängigkeit der Zentralbank	Reduktion der gesamten Steuerbelastung	regionale und sektorale Differenzierungen im Lohn
Privatisierung	flexible Wechselkurse	durchsichtigeres Steuersystem	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (z. B. reduzierter Kündigungsschutz)
Deregulierung		Abbau der Staatsverschuldung	Minderung der Lohnzusatzkosten
Abbau von Subventionen			
neuere Elemente			
Sozialpolitik	Forschungspolitik	Bildungspolitik	Umweltpolitik
insgesamt niedrigeres Niveau sozialer Unterstützung	Förderung von Grundlagenforschung	kürzere Ausbildungszeiten	weniger ordnungsrechtliche Regulierungen
Unterstützung anreizkompatibel gestalten, damit z. B. die Aufnahme einer Arbeit lohnend bleibt	gezieltere Förderung von Wachstumstechnologien	mehr marktwirtschaftliche Elemente (z.B. freie Wahl des Studienplatzes, Studiengebühren, Entlohnung der Professoren nach Leistung)	mehr marktwirtschaftliche Elemente (z. B. Handel von Umweltzertifikaten)
			wenn Ökosteuern, dann europaweit, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden

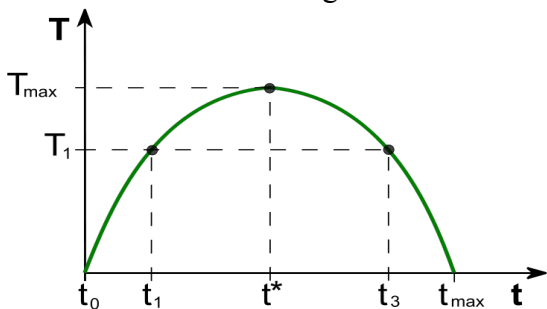
Angewandte Angebotspolitik

-Prinzipielle treten beide Wirtschaftstheorien niemals in ihrer reinen Form auf.

-Besonders stark wurde die Angebotstheorie in 1970er und 80er Jahren angewandt, nachdem die Nachfragetheorie sich als nicht so wirksam wie erhofft herausgestellt hatte.

- **Reagonomics:**Die Reagan-Regierung senkte mit dem „Economic Recovery Tax Act of 1981“ den **Spitzensteuersatz der Einkommensteuer** von 70% auf 33%. Auch die Steuern auf Veräußerungsgewinne und **Unternehmenssteuern** wurden reduziert. Dadurch verringerten sich die Steuereinnahmen vorerst deutlich. 1983 stiegen sie wieder, jedoch langsamer als vorher. Wie effektiv diese Maßnahmen waren ist bis heute stark umstritten.

Diese Überlegungen gehen u.a. auf die Überlegungen der **Laffer-Kurve** zurück welche beschreibt, dass durch Steuersenkungen die Gesamtheit der Steuereinnahmen steigen können.



-**Thatcherismus:**Ähnliche Entwicklungen gab es zeitnah in Großbritannien. Die Premierministerin Margaret Thatcher senkte zwar die Steuern nicht drastisch wie Reagan, vertrat jedoch eine ähnliche liberale Ideologie. Die Britin nahm senkte den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft vor allem durch die **Privatisierung staatlicher Unternehmen**(British Telecom, British Petroleum, British Airways). Desweiteren wurden die Gewerkschaften durch einen verlorenen Streik britischer Bergarbeiter 1984/1985 dauerhaft geschwächt. Der Streik gegen die Privatisierung des Bergwerks dauerte über ein Jahr und führte zur Verschuldung vieler Bergarbeiter da die Gewerkschaft nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage war die Kosten des Streiks zu tragen. Unter Thatcher folgten weitere Reformen wie die **Abschaffung des „Closed shop“** (gesetzlich vorgeschriebene Zwangsmitgliedschaft in Gewerkschaften für Arbeiter zahlreicher Unternehmen) und das **Verbot der sogenannten flying pickets** (Streikposten, die nicht dem bestreikten Betrieb angehören).

-**Agenda 2010:**Ist ein Konzept zur Reform des deutschen Arbeitsmarktes und Sozialsystems und beinhaltet zum Teil angebotsorientierte Maßnahmen um Investitionen zu fördern, woraus Arbeitsplätze entstehen sollen.

Diese Neuerungen enthalten:-Lockerungen der Betriebsgründung(Kein Meisterbrief benötigt)

-Lockerung des Kündigungsschutz

-Senkung der betrieblichen Nebenkosten durch Erhöhung des Sozialabgaben der Mitarbeiter

-Senkung der Bezugsdauer des Alg I (12 Monate)

-Verschärfung der Bedingungen für den Anspruch auf Alg II (Offenlegung des Vermögens, Änderungen der Zumutbarkeit von Berufen)

-Praxisgebühr von 10 Euro

Kritik

- Investitionsfähigkeit ist nicht gleichzusetzen mit der tatsächlichen Investitionstätigkeit.
- „Race to the bottom“: Um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Investitions-Bedingungen weiter zu fördern können stetige Lohnkürzungen eine Folge sein.
- Löhne sind nicht nur Kostenfaktoren für die Unternehmen sondern auch Grundlage für Nachfrage.
- Verarmung der sozial Schwachen durch den Abbau von sozial-und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen
- Vernachlässigung des Umweltschutzes
- Der Einfluß der Globalisierung: Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führt nicht unbedingt zu höheren Beschäftigungsquoten oder höheren Einkommen.
- Durch kürzere Ausbildungszeiten leiden die Kompetenzen der Mitarbeiter.